

Von: [newsletter@swoe-kv.at](mailto:newsletter@swoe-kv.at)  
Betreff: Newsletter Dezember 2018  
Datum: Donnerstag, 6. Dezember 2018

---

# SOZIALWIRTSCHAFT ÖSTERREICH

## NEWSLETTER

Dezember 2018

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser!

Mit unserem Newsletter informieren wir Sie auch in diesem letzten Monat des Jahres wieder über aktuelle Entwicklungen und interessante Neuigkeiten aus der Sozial- und Gesundheitsbranche.

Folgen Sie uns auch auf [Facebook](#) – dort halten wir Sie tagesaktuell auf dem Laufenden!

### ÖSTERREICH

#### Bedarfsorientierte Mindestsicherung: Neuregelung bringt Kürzungen für MigrantInnen und Kinder

Ende November wurden von der Bundesregierung die Eckpunkte einer schon länger angekündigten Reform der Mindestsicherung vorgestellt. Gleichzeitig wurde ein Entwurf zu einem "Sozialhilfe-Grundsatzgesetz" ausgesandt, der nun bis 10. Jänner 2019 zur Diskussion steht. Mit diesem Bundesgesetz sollen die seit dem Auslaufen einer entsprechenden Art. 15a-Vereinbarung 2016 auseinanderdriftenden Länderbestimmungen (die in unserer [Analyse](#) zur **Bedarfsorientierten Mindestsicherung** umfassend dargestellt sind) wieder stärker vereinheitlicht werden. Die Länder erhalten nun eine Vorgabe für **Obergrenzen**, die nur unter- und nicht überschritten werden dürfen, ein Spielraum bleibt bei den **Wohnkosten** (Wohnkostenzuschuss) und bei **Härtefällen** (Sachleistungen). Der Entwurf sieht **Kürzungen für Familien mit mehreren Kindern** vor, der Bezug der vollen Leistung ist an **Sprachkenntnisse bzw. den Pflichtschulabschluss** gekoppelt. **Behinderte Menschen** erhalten in Zukunft einen Bonus, **AlleinerzieherInnen** einen Zuschlag, der nach Kinderzahl **degressiv** gestaltet ist.

Die Analyse zur **Bedarfsorientierten Mindestsicherung** aus unserer Reihe [SWÖ-aktuell](#) wird derzeit auf den neuesten Stand gebracht und um eine Bewertung des Regierungsvorhabens ergänzt. Zudem wird die Sozialwirtschaft Österreich ihre Bedenken in den Begutachtungsprozess einbringen. Wir informieren Sie, sobald die aktualisierte Fassung zum Download zur Verfügung steht.

#### Pflegereform: Eigentliche Diskussionen beginnen erst

Bei der gestrigen Sitzung des Ministerrates wurde von der Bundesregierung der sogenannte "[Masterplan Pflege](#)" beschlossen. Tatsächlich handelt es sich aber eher um einen **Themenaufriss** mit einigen punktuellen Vorschlägen. Positiv zu vermerken ist, dass für nächstes Jahr ein **breiter Diskussionsprozess**, u.a. mit Ländern und Pflegeorganisationen in Aussicht gestellt wird.

Beschlossen werden sollen die dabei erarbeiteten Änderungen Ende 2019.

### Überbetriebliche Lehrausbildung: Studie belegt positive Wirkungen

Die **überbetrieblich organisierte Lehre** eröffnet jungen Menschen, die keinen Zugang zur regulären Lehre finden, die Möglichkeit einer qualifizierten Ausbildung. Eine **Studie**, die von mehreren Anbietern in Auftrag gegeben wurde, zeigt nun, welche positiven Wirkungen von der Überbetrieblichen Lehrausbildung (ÜBA) auch mittelfristig ausgehen. Rund drei Viertel der ÜBA-Teilnehmenden erfüllten ihre Lehrzeit; der Großteil davon ist in den Arbeitsmarkt integriert. Auch **volkswirtschaftlich** zahlt sich die ÜBA aus: Die höhere Produktivität der ÜBA-TeilnehmerInnen (im Vergleich zu PflichtschulabgängerInnen ohne weitere Ausbildung) gleicht die Investitionen mehr als aus: Schon nach wenigen Jahren übersteigen die Mehreinnahmen der öffentlichen Hand die Ausgaben für das Angebot.

### AMS-Budget: Kürzungen beschlossen, Fachkräftestipendien werden ausgebaut

Bei der Verwaltungsratssitzung des AMS wurde am Dienstag nach längerem Tauziehen das **Budget für 2019** nun endgültig **beschlossen**. Wie erwartet und auch hier schon berichtet, stehen für aktive Arbeitsmarktpolitik 2019 nur mehr **1,25 Mrd. Euro** zur Verfügung, 2018 waren es noch 1,4 Mrd. Euro. Der Budgetrückgang ist damit größer als der Rückgang der Arbeitslosigkeit. Ausgeweitet wurden die Möglichkeiten für Fachkräftestipendien, die im Pflegebereich künftig für alle Berufsgruppen möglich sein sollen. Über Details dazu werden wir nach deren Vorliegen berichten.

### Sozialwirtschaft und BABE initiieren Förderprojekt für arbeitslose AMS-ProjektmitarbeiterInnen

Die Einsparungen beim AMS-Budget betreffen insbesondere Deutschkurse massiv, der Budgetrückgang um mehr als 10 Prozent betrifft aber auch zahlreiche andere Angebote. Nach Schätzungen der Bildungsanbieter könnten dadurch insgesamt **rund 1.200 Personen** ihre Jobs verlieren. Die Sozialwirtschaft Österreich und die Berufsvereinigung der ArbeitgeberInnen privater Bildungseinrichtungen (BABE) haben daher gemeinsam mit dem AMS eine **stiftungsähnliche Maßnahme** entwickelt, die die Folgen für die TrainerInnen, BetreuerInnen, BeraterInnen und Coaches abfedern soll. Über diese Maßnahme können Betroffene **Weiterbildungs- oder Umschulungsmaßnahmen** in Anspruch nehmen. Geplant ist ein mit bis zu 14 Mio. Euro dotiertes Projekt, wobei die eine Hälfte vom AMS und die andere von den Unternehmen finanziert werden soll. Das AMS übernimmt dabei die Kurskosten und sorgt - außerhalb dieses Volumens- für die Existenzsicherung der Betroffenen. Die Unternehmen finanzieren flankierende Maßnahmen. Die Maßnahme ist vorerst für 1.800 Personen in ganz Österreich und auf 3 Jahre ausgelegt. Ein Beschluss des zuständigen AMS-Förderausschusses ist noch ausständig und wird für die nächsten Tage erwartet.

### Familienbeihilfe für Menschen mit Behinderung: Einführungserlass bringt Klarstellung

Sie erinnern sich: Aufgrund mehrerer Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes wurde Menschen mit Behinderung die Familienbeihilfe gestrichen. Die Regierung versprach eine Gesetzesreparatur, die jedoch nicht auf Anhieb gelang. Der nunmehrige **Einführungserlass** zum Familienlastenausgleichsgesetz bringt eine Klarstellung zur Änderung für die betroffenen Menschen und ihre Familien. Dieser dient vor allem für die MitarbeiterInnen in den Finanzämtern zur Auslegung der Gesetzesnovelle. Im [Erlass](#) finden wichtige Ergänzungen und

Änderungen zur Novelle Berücksichtigung, die die Sozialwirtschaft Österreich mit anderen Interessenvertretungen eingebracht hat.

### Sozialunternehmen warnen vor Folgen des Sparprogramms in Oberösterreich

Die oberösterreichischen Sozialunternehmen kritisieren den langjährigen Sparkurs der Landesregierung und **warnen vor einem Qualitätseinbruch**. 2019 werde das Sozialbudget des Landes zwar erhöht, doch seien 60 Prozent der Steigerung bereits gebunden (z.B. Schuldentrückzahlung des Sozialressorts, Ausbau von Wohnplätzen für Menschen mit Behinderung). Die übrigen 40 Prozent bedeuten letztlich eine **Steigerung von nur 1,5 Prozent** – die entsprechend dem SWÖ-KV steigenden Personalkosten seien damit nicht mehr abgedeckt.

### „Verlängerung“ der Kinder- und Jugendhilfe wird vermutlich heute beschlossen

Die von der Regierung geplante **Kompetenzverschiebung der Kinder- und Jugendhilfe** hin zu den Ländern hatte sehr viel Kritik von verschiedenen Seiten auf sich gezogen. Auch die Sozialwirtschaft Österreich hatte davor gewarnt, dass eine „Verlängerung“ die bundesweit einheitlichen **Qualitätsstandards im betreffenden Bereich gefährden** würde. Die SPÖ verweigerte zunächst ihre Zustimmung und damit die notwendige Verfassungsmehrheit und verlangte eine Festschreibung von Mindeststandards mittels Art. 15a-Vereinbarung. Bei der Landeshauptleute-Konferenz verständigte man sich schließlich auf eine entsprechende Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, ein diesbezüglicher Wortlaut liegt allerdings noch nicht vor. Heute wird das Paket im Verfassungsausschuss neuerlich einer Abstimmung unterzogen, eine Beschlussfassung gilt als wahrscheinlich. Die Sozialwirtschaft Österreich spricht sich weiterhin gegen diese Lösung aus, weil die Weiterentwicklung von Qualitätsstandards im Rahmen von Art. 15a-Vereinbarungen erfahrungsgemäß langwierig und schwierig ist.

## RECHT

### SWÖ-KV-Verhandlungen 2019: Gewerkschaften stellen hohe Forderungen

Am **26. November 2018** fand der Auftakt der diesjährigen **Lohn- und Gehaltsrunde** mit der wechselseitigen Forderungsübergabe statt. Die Gewerkschaften GPA-djp und vda legten u.a. folgende Forderungen vor: Lohn- und Gehaltserhöhung um 6 Prozent (mindestens um 150 Euro), 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, 6. Urlaubswoche für alle und eine Anhebung der Obergrenze für die Vordienstzeiten auf 20 Jahre. Berechnungen der Sozialwirtschaft Österreich zeigen, dass die Erfüllung aller Forderungen bei den Betrieben **Mehrkosten von mehr als 20 Prozent** verursachen würden. Die ArbeitgebervertreterInnen boten im Gegenzug eine **Abgeltung der Inflationsrate** (derzeit 2,02 Prozent) und eine **Realloohnerhöhung unter Berücksichtigung der finanziellen Rahmenbedingungen** an. Ein wichtiges Anliegen der Unternehmen, nämlich eine **Erweiterung der Spielräume bei der Gestaltung von Arbeitszeit**, wird ebenfalls ein zentrales Thema der Verhandlungen sein. Die nächsten Verhandlungstermine sind für die zweite Jännerhälfte vereinbart. Wir halten Sie auf dem Laufenden!

### Löschung von BewerberInnendaten: Entscheidung der Datenschutzbehörde

In einer aktuellen Entscheidung der Datenschutzbehörde wird klargestellt, ob bzw. zu welchem Zeitpunkt ein/e BewerberIn von dem potenziellen Arbeitgeber die **Löschung seiner/ihrer Daten** verlangen kann: Die **Speicherung von BewerberInnendaten** ist notwendig, um sich gegen

allfällige Ansprüche innerhalb der sechsmonatigen Klagsfristen (gemäß §§ 15 und 29 GIBG) verteidigen zu können. Die Datenschutzbehörde sieht eine Frist von **sieben Monaten ab Bewerbungseingang** als angemessen (sechsmonatige Klagsfrist plus ein Monat für den Klageweg). Innerhalb von sieben Monaten kann also ein/e BewerberIn **nicht** die Löschung seiner/ihrer Daten erwirken.

## VERANSTALTUNGEN

### SWÖ-Branchenkonferenz 2018: Alle Materialien jetzt online!

Unsere diesjährige Branchenkonferenz am **27. November** am Erste Campus in Wien widmete sich unter dem Titel „**Sicher mit Sinn**“ dem Thema „**Arbeit in der Sozialwirtschaft**“. Franz Kühmayer (Zukunftsinstitut) sprach in seinem Vortrag über die Zukunft von Arbeit und Führung, in einer moderierten Gesprächsrunde betrachteten Beate Großegger (Institut für Jugendkulturforschung), Christian Putz (Lidl Österreich) und Brigitta Nöbauer (FH Linz) verschiedene Facetten des Themas aus wissenschaftlicher und unternehmenspraktischer Perspektive, danach präsentierte Walter Marschitz die Ergebnisse einer Mitgliederbefragung zum Status quo in Personalfragen. Eine Podiumsdiskussion mit Brigitta Nöbauer, Erich Fenninger (Volkshilfe Österreich), Barbara Teiber (GPA-djp) und Christian Hennefeind (FSW) beschloss die Veranstaltung, an der sich die rund 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer über unser Online-Partizipationstool mit ihren Fragen und Kommentaren rege beteiligten. Alle Unterlagen zur Konferenz haben wir [hier](#) zum Download für Sie bereitgestellt!

**Wir wünschen Ihnen eine schöne Vorweihnachtszeit und freuen uns darauf, Sie auch 2019 wieder mit allen wichtigen Informationen aus der Branche versorgen zu dürfen!**

Mit freundlichen Grüßen

Erich Fenninger, Vorstandsvorsitzender  
Walter Marschitz, Geschäftsführer  
Maria Lenglachner, Generalsekretärin  
Yvonne Hochsteiner, Rechtsreferentin  
Yvonne Giedenbacher, Newsletterredaktion

## KONTAKT

Haben Sie Anliegen, Wünsche oder Anregungen? Wir stehen Ihnen gerne zur Verfügung!

### SOZIALWIRTSCHAFT ÖSTERREICH

Apollogasse 4/8, 1070 Wien  
Tel.: +43 (1) 353 44 80  
Fax: +43 (1) 353 44 80-9  
E-Mail: [office@swoe.at](mailto:office@swoe.at)  
Website: [www.swoe.at](http://www.swoe.at)

Wenn Sie den **Newsletter abbestellen oder an eine andere Adresse** zugeschickt haben möchten, senden Sie uns bitte ein E-Mail an [newsletter@swoe-kv.at](mailto:newsletter@swoe-kv.at).

to unsubscribe to this newsletter klick the following link  
[unsubscribe](#)